

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angedruckt. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedächtnisstr. 5-6 Uhr. Verleger: Dormüts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

NO Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verschärfung der englischen Kohlenkrise

Nationierung des Kohlenverbrauchs für Haushalt und Industrie.

London, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Folgen des Bergarbeiterstreiks wirkten sich von Tag zu Tag stärker aus. Wie ernst die Lage im ganzen Lande geworden ist, ergibt sich aus einem Erlass, der eine Kohlenrationierung vorsieht, die schärfer ist als während des Krieges und während des großen Streiks im englischen Bergbau in den Jahren 1920 und 1921. Danach soll ab Freitag jeder Haushalt nur noch einen halben Zentner Kohle in der Woche erhalten, wozu überdies eine schriftliche Erlaubnis der Behörde notwendig ist. Die Kohlenhändler dürfen ohne besonderen Erlaubnisschein nicht mehr als 28 Pfund in der Woche an den einzelnen Verbraucher abgeben. Die Industrie sowie die Kaufhäuser und öffentlichen Gebäude müssen ihren Verbrauch um 50 Prozent herabsetzen. Die Lichterflamme ist bis auf weiteres verboten. Die Straßenbeleuchtung erfährt eine wesentliche Einschränkung.

Die Regierung bleibt untätig.

London, 28. Mai. (E.P.) Der Premierminister Baldwin ist auf seinen Landgut Chequers zurückgekehrt, nachdem er in London die Lage in der Kohlenindustrie kurz besprochen hatte. Er kommt nicht vor Montag nach London zurück, da irgendwelche entscheidenden Schritte der Regierung nicht zu erwarten sind. Es verlautet, daß der Vorschlag, einen Achtstundentag einzuführen, der die Beibehaltung der Löhne erlaubt, die besondere Aufmerksamkeit der Regierung gefunden hat. Eine endgültige Entscheidung hierüber ist aber in Regierungskreisen noch nicht getroffen. Es ist im Augenblick auch verfrüht, anzunehmen, daß die Regierung überhaupt die Absicht hat, von sich aus etwas zu unternehmen. Die liberalen Blätter, wie die „Daily News“ und insbesondere das Blatt Lloyd Georges, greifen Baldwin heftig wegen seiner Haltung in den letzten Wochen an. Diese sei gleichbedeutend mit einer stillschweigenden Unterstützung der Bergwerksbesitzer; die Bergarbeiter hätten um so mehr zu leiden, je länger die Absperrung dauere.

Einstellung von Zügen.

London, 28. Mai. (W.B.) „Westminster Gazette“ berichtet: Wenn auch keine Anzeichen in irgendeiner Richtung dafür vorhanden sind, daß eine Lösung der Kohlenwierigkeiten ausgearbeitet wird, so werden dennoch hinter den Kulissen Anstrengungen gemacht, um den Stillstand zum frühest möglichen Zeitpunkt zu beheben. Der Kohlenmangel im Lande macht sich immer ernster bemerkbar. Auf der Südbahn werden die Sonntags-Expresszüge eingestellt. Die Vereinskraft des Bergarbeiterführers Smith, eine Abstimmung unter den Bergarbeitern über die Arbeitszeit vorzunehmen, sei ein hoffnungsvolles Zeichen.

Faschistischer Gildenstaat.

Das Ende des liberalen Staates.

Lugano, Ende Mai.

In einer „Botschaft an die Faschisten“ verkündete Mussolini am 19. d. M. das Ende des liberalen Staates. Die Botschaft sagt uns nichts Neues. Daß der Staat in Italien zu Ende ist — der Staat als Sachwalter des gleichen Rechtes für alle, als Auswirkung der Befassung, als Volkssouveränität —, das wußte man längst, das erlebte man alle Tage. Gerade am Tage der Verkündung erfuhr man, daß der republikanische Abgeordnete Conti am helllichten Tage, in den Lokalen einer Druckerei unweit der Kammer, von 15 Faschisten überfallen und durch Stockschläge verletzt wurde. Das ist die beste Illustration zu Mussolinis Sendschreiben, denn die 15 wurden von einem Offizier der faschistischen Miliz kommandiert und ihre Tat erfolgte in einem Lokal, das von den Carabinieri bewacht und nominell beschützt wurde. Ein Volksovertreter, an den von Gefesche wegen nicht einmal die Rechte Hand anlegen können, ohne von der Kammer ermächtigt zu sein, ist wehrlos einer Parteiliz preisgegeben, die ein Staatsorgan ist, insofern sie aus Staatsmitteln erhalten wird, aber außerhalb des Staates steht, weil sie seinen Gesetzen nicht unterworfen ist. Ende des liberalen Staates!

Außer einem Ende wird uns aber auch ein Anfang verkündet. Was der „faschistische Staat“ ist, darüber haben wir eine nicht ganz ungenaue Vorstellung. Es ist das Regime, in dem die Ermordung Matteottis möglich war und der Prozeß gegen die Mörder, das Regime, dem Amendola zum Opfer fiel, der Priester Rinzoni und Hunderte, viele Hunderte von Namenlosen: das Regime des Rechtes auf Gewalt gegen die Nichtfaschisten. Aber Mussolini spricht uns von der „zur Tatkraft gemordeten korporativen Ordnung des Staates“. Durch diese Ordnung „erhebt sich das arbeitende Volk in seinen verschiedenen Tätigkeiten und Gruppen, im faschistischen State, zum wirkenden und bewußten Träger des eigenen Geschicks“. Diese hohen Worte beziehen sich auf das Gesetz vom 3. April über die Syndikate, zu dem am 19. Mai die Ausführungsbestimmungen erlassen worden sind.

Ursprünglich waren die faschistischen Syndikate, die sich aus mittelalterlichen Sympathien „Korporationen“ nannten (Corporatio im Mittelalterlichen = Zunft, Gilde), Konkurrenzunternehmen der Gewerkschaften. Man zwang die Arbeiter, ihre Gewerkschaftsorganisation zu verlassen und der faschistischen beizutreten. Zunächst bestand der ganze Unterschied darin, daß die faschistischen Syndikate patriotisch, die anderen vaterlandsfeindlich sein sollten. Aber den Unternehmern wäre wenig damit gedient gewesen, an Stelle einer roten eine weißrotgrüne Gewerkschaftsbewegung zu haben. So wurde als unterscheidendes Merkmal der Klassenkampf und die Klassenolidarität aufgestellt. Die faschistische Gewerkschaftsbewegung hat offiziell die Klassenolidarität zum Zweck, so, wie sie eigentlich zur Voraussetzung. Nun ist es bekanntlich schwer, auf einem Boden zu stehen, der in der Wirklichkeit gar nicht besteht. Daher das Tausen und Ringen und Würgen nach einem praktischen Ausdruck des faschistischen „Gedankens“.

Es kam zu zwei entgegengesetzten Formen. Der Führer der faschistischen Syndikate, ein gewisser Rossini, früher Syndikalist der Schule Sorels, wollte sowohl die Unternehmer als die Arbeiter organisieren, in geschlecht geregelten und privilegierten Verbänden, die dann für jeden Produktionszweig eine „integrale Korporation“ bilden sollten, die gleichzeitig Unternehmer und Arbeiter umfaßte. Innerhalb dieser Korporation sollten sich die Konflikte zwischen Arbeit und Kapital austragen. Das war, innerhalb des Faschismus, die arbeitereindliche Richtung. Die Unternehmer dagegen befürworteten unabhängige Organisationen der Arbeit und des Kapitals, zwischen denen die Regierung vermittelte und entschied. Was nun heute wieder eine neue Ära einleitet, das ist eben diese, nicht die Rossinische Richtung. Anstatt der integralen Korporation bekommen wir ein Ministerium der Korporationen, mit Mussolini als Minister, dem also das Kapital volles Vertrauen entgegenbringt.

Die Ausführungsbestimmungen bestehen aus 103 Artikeln und sind so recht danach verfaßt, daß ein Arbeiter sich beim besten Willen nicht in ihnen zurecht finden kann. Beachtenswert ist, daß die Mitglieder der geschlecht anerkannten Syndikate 21 Jahre alt sein müssen, vom nationalen (des faschistischen) Standpunkt politisch einwandfrei und italienische Staatsbürger. Ausländer können nach zehnjährigem Aufenthalt in Italien Mitglieder werden, aber nie Funktionäre. Unäbig ist, daß die Syndikate den Nichtmitgliedern keine rechtsverbindlichen Vorschriften machen dürfen, die sich nicht auf das Arbeitsverhältnis beziehen! Unter dem vielen andern, was für die armen Syndikate obligatorisch ist, finden wir auch die Abführung einer Quote an die faschistische Kinderorganisation „Balilla“. Von der „integralen Korporation“ des guten Rossini ist ein kümmerliches Bruchstück geblieben. In den verschiedenen Produktionszweigen können sich die nationalen (das ganze Land umfassenden) Syndikate der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten zu einer Korporation zusammenschließen, die ein Verwaltungsorgan des Staates ist. Dieser sollen die Funktionen der Vergleiche bei Streitigkeiten zu, die Förderung der auf eine rationelle Ordnung der Produktion gerichteten Initiationen, der Arbeitsnachweis und die Regelung der Lehrzeit.

Wichtig ist, daß der korporative Arbeitsnachweis zum Verbot aller anderen Formen des Arbeitsnachweises führen kann, gewissermaßen eine Verstaatlichung der schwarzen Listen. Die Beschlüsse der Korporation, von der wir nur

Aufgaben der Jugend.

Zweiter Internationaler Sozialistischer Jugendkongress.

Amsterdam, 28. Mai. (Eigener Bericht.) Am Mittwoch um 4 Uhr wurde im Hause des arbeitenden Standes durch den Vorsitzenden der SDJ, den Genossen Pitt Vogt, der zweite Internationale Sozialistische Jugendkongress eröffnet. Anwesend sind etwa 53 Delegierte, die 22 Organisationen in 16 Ländern vertreten. Außerdem wohnen dem Kongress 13 Gastdelegierte und 9 geladene Gäste bei. Über dem Präsidentschisch prangt das von der Amsterdamer Organisation der SDJ im Stadion am Sonntag überreichte Banner.

Als erster richtete an die Delegierten einige Worte der Begrüßung

Genosse Pitt Vogt.

Er stellte fest, daß der Kongress in einer bewegten Zeit stattfindet. Die kapitalistische Klasse verliert, dem Aufstieg der Arbeiterklasse Widerstände entgegenzusetzen. Da gilt es für die Arbeiterjugend, sich für die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten. Man täusche sich nicht, wenn man die Arbeiterjugend langsam und spielen sieht: sie nimmt ihre Freude ernst und tut den Ernst ihrer Arbeit freudig. Ihre Hauptaufgabe erblickt sie darin, gegen die nationalistische Verheerung anzukämpfen und für den Völkerverfrieden zu wirken. Die Aufgabe des Kongresses wird es sein, der internationalen sozialistischen Arbeiterjugendbewegung an Form und Inhalt neue Bausteine zuzuführen.

Im Namen der Sozialistischen Arbeiterinternationale begrüßte den Kongress

Genosse Crispian.

Er führte aus: Stellte die erste Periode der Arbeiterbewegung gewissermaßen deren politische Geburt dar, bedeutete die zweite den Kampf um die Demokratie, so stehen wir im Augenblick in einer Übergangszeit von der Demokratie zum Sozialismus. Für die Arbeiterjugend gilt es, diese Zeit zu nutzen, um in sich die inneren Vorbereitungen zu lassen, die notwendig sind, um den Sozialismus durchzuführen. Es gilt Menschen zu schaffen, die dem Sozialismus erstreben. So groß die Fortschritte der Arbeiterjugendbewegung auch sein mögen, so wird sie die Aufgabe, die sie sich stellt, erst dann lösen können, wenn sie Mittel und Wege gefunden haben wird, die Massen der Jugend zu erfassen. Das möge dem Kongress gelingen. Dann wird es der Jugend möglich sein, dort anzuknüpfen, wo die alte Generation in ihrer Arbeit durch die Grenzen, die dem physischen Menschen gegeben sind, aufzuhören gezwungen ist.

Im Namen des IWA versprach

Genosse Sassenbach

der SDJ jegliche Unterstützung. Seit langem haben die Gewerkschaften das Recht der Jugend auf Selbstständigkeit anerkannt; sie sind eifrig bemüht, ihr in jeder Weise behilflich zu sein. Augenblicklich erhoffen sie aus der Zusammenarbeit der Gewerkschaftsjugend und der Sozialistischen Arbeiterjugend die schönsten Erfolge für die Idee des Sozialismus.

Genosse Kanth-Wien

überbrachte dem Kongress die Grüße der Internationale der sozialistischen Erziehungsorganisationen. Gerade die proletarische Jugendbewegung hat an dem Entfalten der Kinderorganisationen das größte Interesse. Denn je mächtiger diese werden, desto mehr vorbereitete Mitglieder erhalten die Jugendorganisationen. Andererseits erstarkt für die letztere die Aufgabe, Helfer für die Kinderorganisationen hervorzubringen.

Außerordentlich kräftige Worte fand der Vertreter der holländischen Gewerkschaften,

Genosse Stenhuis:

„Sind es bis jetzt um den sozialen Fortschritt, so nahet nun eine Zeit, da es um das Ganze gehen wird. So entsteht für die Arbeiter-

Jugend die Aufgabe, sich für den Kampf zu rüsten. Denn der Weg zum Sozialismus geht über den Klassenkampf.“

Im Namen der holländischen Arbeiterjugend sprach

Genosse Toornstra

den Wunsch aus, daß die Beratungen der Führer auf dem Kongress vom gleichen kameradschaftlichen Geiste getragen sein mögen, wie er beim Jugendtreffen zum Ausdruck kam.

Damit war die Reihe der Begrüßungen erschöpft. Nach Verlesung von Begrüßungsschreiben der norwegischen und amerikanischen Arbeiterjugendorganisationen gab

Genosse Othenhauer

einige wenige Ergänzungen zum gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht der SDJ. Die Jugendinternationale hat sich trotz der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse und trotz der Unterbindung der sozialistischen Jugendbewegung durch die faschistische wie bolschewistische Diktatur in einzelnen Ländern gut gehalten und die Methoden ihrer Arbeit vertieft. Die SDJ ist nach wie vor bereit, mit den Kommunisten gemeinsame Fragen zu erörtern, sofern es ihnen christlich um gemeinsame Aktionen zu tun ist. Die Antwort jedoch, die die SDJ auf die von ihr gestellten Bedingungen der Entsendung der Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland erhalten hat, läßt an diese Ehrlichkeit zweifeln. Aus der Tätigkeit der SDJ hob Othenhauer den Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterjugend, die politische Schulung und die Kulturarbeit in der Jugend heraus. Ihren Standpunkt hinsichtlich der Teilnahme der SDJ an politischen Aktionen hat sie durch ihren Aufruf für die italienischen Genossen und in der Rundgebung für die streikenden englischen Arbeiter zum Ausdruck gebracht. Im übrigen wird die SDJ ihre politischen Aktionen stets in die allgemeine Front der Partei einreihen. Die Bedeutung der SDJ hat sich auch in der Zusammenarbeit der Organisationen der verschiedenen Länder — so Schwedens mit Norwegen und Dänemark, Belgiens mit Frankreich — und in dem Zusammenschluß der national zerstückelten Organisationen innerhalb der einzelnen Länder offenbart. Im hohen Maße haben sich die internationalen Führerorganisationen bewährt. Nicht man aber auf die Arbeit der letzten Jahre zurück, so muß man sagen: es gilt, die einzelnen nationalen Organisationen — denn allein in diesen wird letzten Endes die eigenliche Arbeit geleistet — in die Breite wie in die Tiefe auszubauen.

Vor Eintritt in die Diskussion über den Geschäftsbericht erhielt im Namen der russischen sozialistischen Jugend Gen. Wehrmann, der erst vor kurzem aus dem Solowjeck-Lager geflohen ist und für die italienische sozialistische Jugendorganisationen Gen. Roventow das Wort. In knappen Sätzen charakterisierte treffend der erstere die bolschewistische, der andere die faschistische Diktatur.

In der Diskussion

Über das Verhältnis zum Bolschewismus und Faschismus sprachen Vertreter Polens, Oesterreichs, Deutschlands, Belgiens, Englands und Georgiens. Einig war man darin, daß die Diktatur und der Terror des Bolschewismus das Proletariat um so schmerzlicher trifft, als diese im Namen des Sozialismus wirkt.

Genosse Crispian

sah sich genötigt, als Delegierter der Sozialistischen Arbeiter-Internationale einige Richtigstellungen zu machen. Er erklärte, daß der Moskauer Kongress zwar jede Unterstützung irgendeiner bürgerlichen Intervention abgelehnt habe, daß er aber andererseits den sozialistischen Genossen in Sowjetrußland in ihrem Kampfe gegen die bolschewistische Diktatur für die Demokratie jede Unterstützung zugesagt habe. Einigungsverhandlungen, sofern sie überhaupt stattfinden konnten, scheiterten stets an der Haltung der III. Internationale. Eins steht jedoch fest, daß Verhandlungen überhaupt nur nach Einstellung des Terrors gegen unsere Genossen möglich sein können.

Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Othenhauer vertagte sich der Kongress auf Donnerstag.

wissen, daß sie durch Detret des Ministers der Korporationen gegründet wird, sind rechtsverbindlich. Wer sich etwa der Musik hingibt, daß die Beisitzer des Arbeitsgerichts, die aus den Sachverständigen vom Präsidenten ernannt werden, Arbeiter sein könnten, den kurtiert das Reglement. Sie müssen den Dokortitel haben. Zum Trost bekommen sie aber 100 Lire Tagelohn, außer der Spesenvergütung. Eine zivilrechtlich ganz neue Rechtsnorm finden wir in der Bestimmung, daß die Tarifverträge während der Zeit ihrer Dauer abgeändert werden können, wenn „eine bedeutende Veränderung der zur Zeit der Abschließung bestehenden Sachlage erfolgt ist“. Der Zweck des Tarifvertrags, beiden Teilen eine gewisse Stabilität zu sichern, wird dadurch vereitelt. Ueber die Prozedur der Verhandlungen des Arbeitsgerichts ließe sich ein ganzer Artikel schreiben. Es genüge, den Paragraphen 83 wieder zu geben: „Wenn die Beweisaufnahme zu schädlicher Verbreitung oder Dossentlichkeit führen kann, muß der Richter das Erscheinen der gegnerischen Parteiausschließen und jedwede Mitteilung über die erhobenen Tatsachen verbieten.“ Das nennt man in Italien Rechtsgarantie!

Während wir abwarten, wie diese 100 Artikel sich in der Praxis bewähren, macht man uns nach Kräften bange vor den entsehlischen Folgen der Freiheit. Dem italienischen Publikum will man im Ernst zumuten, die Nachricht der faschistischen Presse zu glauben, daß der englische Streik 35 Milliarden Lire (sechs Milliarden Goldmark) gekostet hätte. Was wir aber abfolut nicht glauben sollen, das ist, daß die italienische Regierung durch ihre irriige Einschätzung des englischen Streiks die italienische Valuta so herabgedrückt hat. In der festen Zuversicht, daß Generalstreik den Bankrott des Staates bedeutet, hat der Finanzminister seine Reserven an englischer Valuta auf den Markt geworfen, um sie nachher um billiges Geld wieder zu kaufen. Die englische Regierung ihrerseits, die bekanntlich zu dem Streik langerhand gerüstet war, warf die in ihren Händen befindliche schlechte Valuta auf den Markt, darunter die italienische Lira, und der hiesige Schatz hatte nun keine Vorräte mehr zu einem Gegenstand. So kam es, daß das Pfund von 122 auf 140 und stundenweis auf 150 aufschnellte, um sich dann anscheinend um 130 herum wieder zu beruhigen. So gehts, wenn man die Welt mit faschistischen Augen ansieht! Nicht alles, was in Italien zu Ende ist, ist auch im Ausland zu Ende. Für einige Zeit wird der italienische Gildenstaat noch mit der Existenz des liberalen Staates im Ausland rechnen müssen. Auch das Christentum, mit dem sich der Faschismus bescheiden vergleicht, hat Zeit gebraucht, um die Welt zu bekehren.

Ein Vorbild.

Abd el Krim, Wilhelm und Ludendorff.

Zum Untergang Abd el Krims bemerkt die östlich-nationale „Deutsche Zeitung“:

„Daß Abd el Krim sich jetzt bedingungslos der französischen Gewalt überlieferte, ist uns ein neuer Beweis für seine große Liebe zu seinem Volke und zu seiner Heimat. . . Das Beste, den sicheren Untergang, wollte er dem Rispolite ersparen. Darum opferte er sich selbst.“

Aber Wilhelms Flucht nach Holland, Ludendorffs blaue Brille — ja, Bauer, das ist ganz was anderes.

Reichstagsarbeiten und Volksentscheid.

Im Gegensatz zum deutschen Reichstag, der nur die letzten drei Tage vor dem 20. Juni für die Agitation der Reichstagsabgeordneten für den Volksentscheid freigegeben hat, hat der Völkerrat des Preussischen Landtages die acht Tage vom 12. bis zum 20. Juni sühungsfrei gehalten.

Diese größere Einsicht des preussischen Parlaments ist wohl nicht zuletzt auf die Erkenntnis aller preussischen Regierungsparteien zurückzuführen, daß die Hohenzollern-Forderungen für die

Staatskasse des größten deutschen Bundes katastrophale Folgen haben würden, wenn nicht das Volk selbst den ehemaligen Fürsten einen Strich durch die Rechnung macht.

Mißklang in Clermont-Ferrand.

Die rechten Parteivorstandsmitglieder ausgeschieden.

Paris, 28. Mai. (Durch Telephon.)

Der Kongress der französischen Sozialistischen Partei in Clermont-Ferrand hat in einer Atmosphäre der Mißstimmung und der Unklarheit geendet. Wie vor auszusehen war, ist es zu keiner ernsthaften Debatte über die Kolonialfrage gekommen, die auf Antrag von Grumbach wieder auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses gestellt werden wird. Von der ersten bis zur letzten Stunde des Kongresses war das ganze Interesse auf die Frage konzentriert, ob es zwischen dem sogenannten Zentrum (Blum, Faure, Lebas, Compere Morel, Zyromski) und der sogenannten Rechten (Renaudel, Marquet, Grumbach, Routet, Gaston, Leov, Mistral) zu einer Verständigung kommen würde.

Es konnte bis zum letzten Tage scheinen, als ob eine Verständigung verhältnismäßig leicht sein würde, da nicht nur Leon Blum, sondern auch Paul Faure und Zyromski, die früher der Unterstützungspolitik ziemlich feindlich gegenüberstanden, diesmal sich entschlossen für sie auszusprechen. Ausdrücklich betonten Blum, Faure und Compere Morel, daß ein zeitweiliges Zusammengehen der sozialistischen Parteien mit linksbürgerlichen Parteien sich als notwendig und nützlich erweisen könne, und da Renaudel im Namen seiner Parteifreunde feststellte, daß niemand gegenwärtig daran denke, die Frage einer sofortigen Beteiligung an der Regierung wieder aufzuwerfen und daß selbstverständlich auch diejenigen, die bisher prinzipiell für die Beteiligung eintraten, die ablehnenden Beschlüsse der letzten Kongresse als bindend ansahen, schien der Weg offen zur Bildung einer inneren Einheitsfront mit dem früheren linken Flügel, der die Einheitsfront mit den Kommunisten wollte.

Daß es schließlich doch nicht dazu kam und der Kongress mit einem sehr schwerwiegenden Zwischenfall endete, mit dem freiwilligen Ausscheiden aller bisherigen Vertreter der Beteiligungstendenz aus dem Parteivorstand, liegt daran, daß die Vertreter der Richtung Faure-Zyromski in der Unterkommission der Resolutionskommission nach einer Debatte, die fast die ganze Nacht hindurch gedauert hat, erklärten, auf eine ausgesprochene Rüge der Marne-Föderation bestehen zu müssen, die bei einer Nachwahl im ersten Gang ein Kartell abgeschlossen hatte. Auch gegen das Parteivorstandsmitglied Poisson, der in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der französischen Konsumgenossenschaften einen Mitgliedsposten bei dem von der Regierung gebildeten „Komitee für die freiwilligen Beiträge“ angenommen hatte, sollte eine Rüge erteilt werden. Diese Vermengung von einzelnen Disziplinarfällen mit den Problemen der allgemeinen Politik erschien Renaudel und seinen Freunden besonders deshalb unannehmbar, weil sie einen Konflikt zwischen der Partei und den Konsumgenossenschaften als Folge eines offenen Tadels gegen Poisson befürchteten. Da sie schon, um die Verständigung zu ermöglichen, darauf verzichtet hätten, die Frage der Beteiligung aufzuwerfen, erklärten sie, zwar Anhänger einer von allen zu beobachtenden scharfen Disziplin zu sein, sich aber dagegen wehren zu müssen, daß nun gerade einige Fälle der Vergangenheit ausgefucht und Exempel statuiert werden.

Die Abstimmung über die einzelnen Paragraphen der Resolution Blum ergab etwa 1800 Mandate für und 1100 Mandate gegen die Disziplinarparagraphen. Was nun weiter werden soll, nachdem Renaudel, Gaston Leov, Grumbach, Coude, Pressemane und eine Reihe anderer erklärt haben, dem Parteivorstand einstweilen nicht mehr angehören zu

wollen, steht noch nicht fest. Jedenfalls ist durch den Ausgang des Kongresses eine Stimmung starken Unbehagens in der Gesamtpartei entstanden, deren Rückwirkung auf die Kammerfraktion unerfreulich sein kann. Von „Spaltung“, die gewissen bürgerlichen Blättern als Folge unvermeidlich erschien, ist jedoch nicht die geringste Rede. Kein Mensch denkt an Spaltung, und die Tatsache, daß der Kongress mit geradezu erdrückender Mehrheit gegen die Resolution, die eine sozialistisch-kommunistische Einheitsfront verlangte, sich ausgesprochen hat, gibt die Gewähr dafür, daß der scharfe Konflikt, mit dem der Kongress in Clermont-Ferrand endete, keine allzu nachteiligen Folgen haben wird.

Vor der Präsidentenwahl in Polen.

Warschau, 28. Mai. (W.B.) Der Parteivorsitzende der Nationaldemokraten, Abgeordneter Głombinski, erschien gestern beim Sejmarschall Katoj und fragte ihn, ob er angesichts der Entscheidung einiger linksgerichteter Parteien, in denen die nationaldemokratischen Verbände terroristische Drohungen gegen die Nationalversammlung, die am 31. Mai die Präsidentenwahl durchführen soll, erblicke, die Beratungsfreiheit der Nationalversammlung gewährleisten könne. Wenn nicht, so müsse der Zusammenritt der Nationalversammlung vertagt und ein anderer Wahlort bestimmt werden. Katoj antwortete, daß er alles getan habe, um die Sicherheit der Nationalversammlung zu verbürgen. Wenn die Beratungsfreiheit bedroht erscheine, so wäre er entschlossen, die Versammlung zu vertagen und an einem anderen Orte einzuberufen, doch glaube er nicht, daß es dazu kommen werde.

Die parlamentarischen Klubs haben gestern ihre Beratungen fortgesetzt. Wie die polnische Linke, die bereits vor einigen Tagen beschlossen hat, ihre Stimme für Marschall Piłsudski abzugeben, hat gestern der Jüdische Klub einen Beschluß gefaßt, der sich einstimmig für die Unterstützung der Kandidatur des Marschall Piłsudski ausspricht. Die kleinen Mittelparteien, die bei der Wahl wahrscheinlich ausschlaggebend sind, die Woiwoden und die Nationaldemokraten, gelangten im Laufe der gestrigen Beratungen zu keinem einheitlichen Beschluß, da in beiden Klubs gewisse Strömungen vorhanden sind, die sich im Gegensatz zu der bisherigen Politik dieser Gruppen für eine Kandidatur des Marschalls Piłsudski aussprechen, bezw. einer Abgabe weißer Karten bei der Präsidentenwahl das Wort reden. Der Block der Rechten scheint entschlossen zu sein, eine gemeinsame Kandidatur aufzustellen, die er dann den Mittelparteien vorlegen will.

Antifaschistenkundgebung in Prag.

Eine Rede Běchyněs.

Prag, 28. Mai. (W.B.) Gestern fand in Prag eine von vielen Tausenden besuchte Versammlung der tschechischen Legionäre, der tschechischen Rechtssozialisten und der tschechischen Sozialdemokraten gegen den Faschismus und für das demokratische Regierungssystem statt. Es kam zu heftigen Kundgebungen gegen die tschechischen Nationaldemokraten und Kramarz und zu Paraden für Masaryk und Beneš. Eine Faschistengruppe, die Hochrufe auf Mussolini ausbrachte, wurde von der Polizei zerstreut. Bemerkenswert ist eine Rede des tschechischen sozialdemokratischen Führers Běchyněs, der auf die Nachbarschaft des deutschen 80-Millionen-Volkes hinwies und die antideutsche Agitation der Faschisten ablehnte. Die Faschisten, die den Staatsstreik mit Wille durchzuführen wollten, vergaßen, daß ein Drittel der Arme aus Deutschen, Ungarn und anderen Rinderheitsvölkern besteht. Die tschechischen sozialistischen Parteien haben eine parlamentarische Interpellation gegen den Faschismus vorbereitet, in welcher vor allem die Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Republik gefordert wird.

Als Nachfolger Ebermeyers ist der vom Reichsjustizminister vorgeschlagene Ministerialdirektor Werner vom Reichskabinett ausgewählt worden.

Besuch in Doorn.

Von Friedrich Tejsch.

Utrecht, den 27. Mai 1926.

Die Straße des Autobus führt durch gepflegte Parklandschaft. Rechts und links liegen die Sommerfrische reicher holländischer Händler in freundlich offener Pracht. Der Holländer liebt Blumen — Blumen sind hier sogar Exportartikel —, und so pflegt er Beete vor seinen Häusern, Rhododendron, Bergheimeinicht, Pfingstrosen. Keine hohen Mauern ziehen undurchdringliche Scheidewände zwischen den baumbestandenen Alleen der Straßen und dem geheiligten Privateigentum der Londhäuser, nur niedrige Drahtgäule deuten an: Du darfst dir das von außen ansehen, die Rotbuchen bluten auch für dich, doch in ihren Schatten darfst du dich nicht legen! An all dem raft der Autobus vorüber, das Auge erhascht mit raschen Blicken sonnige Veranden mit gepflegten Frauen und wohlgenährten spielenden Kindern. Die Leute im Autobus sind größtenteils Gefinde von den vielen herrschaftlichen Sommerfrischen, auch mancher Urlauber, der sich in Doorn in einer Pension einmietet will. Denn es ist lieblichstes Land, wo Wilhelmus Reg im Exil schmachtet.

Da meine Anmeldung in Haus Doorn wahrscheinlich zwecklos gewesen wäre, hatte ich es unterlassen, von Utrecht aus ein Telegramm vorauszusenden, bevor ich die fast einstündige Autotour begann. Ich stand also fremd auf dem Doorner Dorfplatz, dem man gar nicht ansieht, daß er Mittelpunkt einer Gemeinde von über 3000 Menschen ist. Viele Häuser liegen ganz versteckt im Grünen, und dieses Grün hat auch den Doorner Dorfplatz erobert und nicht viel von ihm übrig gelassen.

Viel fragen wollte ich nicht, und da Doorn nicht groß ist, wollte ich selbst finden, was ich suchte. Ein Anfahrtskartenladen konnte mir da sicherlich mit den Ansichten von Haus Doorn die Suche erleichtern. Ich fand in dem Laden mehr, als ich suchte, denn da gab es geschäftstüchtige Ausbeutung der Ehre, die Doorn seit dem Rosember 1918 widerfahren ist. Kuvertierte Alben von S. M. und seiner Umgebung werden für 65 Cent verkauft, nicht nur Ansichten seines Hauses, eines großen, vierflügeligen Schlosses, nicht nur des großen Borgebäudes der Dienerschaft werden in allen möglichen Varianten reproduziert. Er selbst in höchst eigener Person ist wie einst im Mai fotografiert, und jeder kann sich ihn für 10 Cent an den Hut stecken. Allerdings die schöne Lohengrinuniform fehlt, doch auch seinem Zioil merkt man eine betonte Eleganz an, die Neugierlichkeiten übertreibt.

Daß ich dem Manne vielleicht Utrecht war er schuldlos an dem Dugend Photographien, das mir da in die Hand gedrückt wurde? Bald sind seine Frau Hermine als Kaiserin, bald er und sie im Park spazierend, er allein mit einem Dadel, bald alle möglichen Bräutigam abkonterfiet. Ich fragte, wer die Bilder aufgenommen, mer die farbigen koloriert habe und erfuhr, daß alle Aufnahmen

aus dem Hofstaat des Märtyrers stammen. Einmal hatte Wilhelm sich filmen lassen, und als das Stund gab, war von einer „Täuschung seiner Majestät durch einen skrupellosen Unternehmer“ gesprochen worden. Ich fragte also weiter, ob denn der Exalter von diesen Bildern wußte? „Ach, er kommt hier oft vorüber und sieht sie sich in der Lustge an!“ Ob Majestät an dem Ertrag seiner Konterfeis beteiligt ist, wurde mir nicht verraten.

Mit dem Dugend Photos ausgerüstet, ging ich los und stand in wenigen Minuten vor dem langgestreckten Borgebäude, das sich schüßend vor die Unnahbarkeit der Majestät stellt. Ein roter Ziegelbau mit farbigen Fensterrahmen, ein großer Vorgarten, in dem als einziger Schmuck augenblicklich mehrere blaßrosa Rhododendron blühen, und dann am Tor ein dunkelgrünes Schildehaus. Ein Blick, daß Haus Doorn nicht in Deutschland liegt, sonst stelte sicherlich die Reichswehr den Ehrenposten.

Ich versuchte den Kiesenpark zu umschreiten. Eine gute Stunde ging darauf, bis ich den neuen hohen Drahtzaun umkreist hatte. Das ganze Bestium sticht mit seiner Blumenarmut düfter von der offenen Pracht der holländischen Besigungen ab. Große Baumbestände, viel Nadelholz lassen die menschenleeren Räume fast leblos wirken. Hier mühten Kinder spielen! Doch was denkt der Mann da drinnen an unterernährte, bloße Großstadtkinder? Und wie ich so den sandigen Weg entlang schlendere und mich frage: Bergeht so der Ruhm der Welt? da lassen mir immer wieder die lausbüßischen Randbemerkungen, die verdrehtisch annehmenden Reden ein, die den Weg dieses Mannes gepflastert haben. Der Weg mußte nach Doorn führen! Doch er hat nichts gelernt.

Alle die deutschnationalen Tanten, denen das Herz und meist auch der Mund übergeht, wenn sie an ihn denken, die ihn darobend glauben, sollten sich dieses parkumrauschte Schloß ansehen. Dann würden ihnen bald die Tränenröhen versagen, denn vor solcher Wirklichkeit nützt auch die verlogene Agitation nichts. Der Mann, der namenloses Elend über Deutschland gebracht hat, lebt als reicher Schloßherr in einem irdischen Paradies. Jene, die das Elend des Krieges auf ihren Schultern getragen haben, die gebeugt worden sind von der blutigen Last endloser Jahre, sie sollten nicht gelernt haben, daß es aller Berechtigte Hohn spräche, wenn dem Schloßherrn von Doorn neue Willkoren nachgeworfen würden?

Als ich vor der Rückfahrt noch einige Augenblicke auf dem Dorfplatz saß, kam einer der vielen holländischen Bettler, nahm seine Flöte und blies schrill „Die Wacht am Rhein“. Die Zuhörer verstanden.

Am den kulturellen Wert der Sängerkampfe. Die ablehnende Haltung des preussischen Kultusministeriums gegen die Sängerkampfe wird damit begründet, daß der kulturelle Wert des Wettfingens gering eingeschätzt wird. Das Kultusministerium sieht seine Aufgabe darin, das durch Wettfingens gezüchtete Virtuositum zugunsten einer Vertiefung rein musikalischer Erziehung zurückzutreten zu lassen. Die Anregung nach Preisen ist im übrigen nicht nur von rheinischen Gesangsvereinen, sondern auch von zahlreichen Chörevereinen des übrigen Deutschland ausgegangen.

Zu der Ablehnung Gerhart Hauptmanns, in die neugegründete Sektion für Dichtung in die Akademie der Künste einzutreten, schreibt uns auf eine Anfrage Arno Holz:

„Soweit ich weiß, sind außer Gerhart Hauptmann alle übrigen von Herrn Minister Weder in die Akademie Berufenen seiner Einladung gefolgt. Gegen die von Herrn Gerhart Hauptmann erhobenen Einwände läßt sich mit den Worten von Herrn Professor Dr. Wilhelm Wagnold, dem Sachberater des Herrn Ministers, erwidern: „Akademien sind, was die Akademiker aus ihnen machen.“ Und das bleibt im vorliegenden Falle abzuwarten.“

Auch Ludwig Fulda hat sich zu dem Briefe Hauptmanns geäußert:

„Auf vielfache Anfragen möchte ich erwidern, daß ich mich nicht für befugt halte, über Hauptmanns Ablehnung der Wahl in die Akademie ein Urteil abzugeben, ebenso wie er kann ich nur für meine Person sprechen, und da bin ich der Meinung, daß man über Wert oder Unwert der neuen literarischen Abteilung der Akademie nichts a priori sagen kann, sondern zunächst einmal versuchen muß, sie wertvoll zu machen. Ich habe die Berufung . . . angenommen. Lediglich darum, weil sie mir die Möglichkeit zu bieten schien, meinen Berufsgenossen und namentlich der literarischen Jugend durch Hebung ihrer Lebensbedingungen den Weg ebenen zu helfen.“

Die Türken überspringen sechs Jahrhunderte. Die türkische Nationalversammlung in Angora hat bekanntlich für die neue Türkei den „westlichen“ Kalender, das heißt die christliche Zeitrechnung, angenommen. Infolgedessen wird fortan im offiziellen Kalender der türkischen Republik der erste Tag des Jahres mit dem bei den meisten anderen Völkern üblichen Neujahrstage zusammenfallen. Bis her galt als Aera der mohammedanischen Zeitrechnung die Hidschra (Mohammeds Auswanderung von Mekka nach Medina), und diese Zeitrechnung begann mit dem 16. Juli 622. Die Türken wollen also jetzt in ihrem Kalender sechs Jahrhunderte überspringen, denn es soll auf den 31. Dezember (so heißt der Monat bei den Mohammedanern allerdings nicht) 1324 der 1. Januar 1927 folgen. Bei Privatgeschäften soll der Kalender der Hidschra auch fernerhin noch angewendet werden dürfen. Da in der mohammedanischen Zeitrechnung nach Mondjahren gerechnet wird, wird jetzt der jeweilige erste Tag der Monate von Sternwarten offiziell festgelegt. Der neue türkische Kalendertag soll um Mitternacht beginnen, und die Stunden sollen von 0 bis 24 gezählt werden.

Das Denkmal für den überfahrenen Fußgänger. Ein originelles Denkmal ist vor einigen Tagen an einem Kreuzweg in New York errichtet worden; es handelt sich um eine Straßenzugung, an der die Verkehrsunfälle infolge des gewaltigen Straßenverkehrs besonders häufig sind. Auf einer schlichten Marmortafel, die von einer Art Alschurne überragt wird, steht geschrieben: „Zur Erinnerung an die 256 Fußgänger, die seit dem 1. Januar 1926 an dieser Stelle von fahrlässigen, rasenden Autofahrern überfahren worden sind.“ Der Fußgänger, der von einem wilden Chauffeur zu Rus zerquetscht wird, hat also wenigstens einen Trost: er wird in Marmor verewigt, wenn auch nur als Nummer.

Im Theater des Wellens findet am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr eine Kindervorstellung von „Schneewittchen“ statt, die am Sonntag, 3 Uhr wiederholt wird. Preise von 20 Pf. bis 1,— M., Erwachsene das Doppelte.

Paris-Madrider Besprechungen.

Verbanung Abd el Krimd — vor einer Marokkokonferenz?

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Durch die militärischen Erfolge der Franzosen und Spanier in Marokko und die Unterwerfung der meisten ausländischen Stämme ist militärisch und politisch das Ziel erreicht, das sich die beiden Länder im Juli vergangenen Jahres in einem Abkommen gesteckt hatten. An beide Staaten tritt nunmehr die Aufgabe heran, sich über die nächsten Schritte zu verständigen. Nach Erklärungen, die Kriegsminister Poincaré am Donnerstag nach Schluß des Ministerrats abgegeben hat, soll zu diesem Zweck ein diplomatischer Meinungsaustausch zwischen den beiden Kabinetten von Madrid und Paris aufgenommen werden. Dabei soll zunächst das Schicksal Abd el Krimd entschieden werden. Schon jetzt steht fest, erklärte Poincaré, daß der Aufstehlsort Abd el Krimd weit von Marokko entfernt sein müsse. Gerüchte werden verlautet, daß Korsika in Aussicht genommen sei. In einer längeren Unterredung zwischen dem Direktor des französischen Auswärtigen Amtes Berthelot und dem Marquis de Bétancourt, der die Möglichkeit einer französisch-spanischen Konferenz in Marokko erwogen worden sei. Als Konferenzort denke man an Algier oder Oran. Diese Konferenz hätte sich, wie man annehmen darf, auch mit der zukünftigen Organisation des Rifgebiets zu befassen.

Auf der Suche nach Abd el Krimd Helfern.

Paris, 27. Mai. (U.) Beauftragte des Ministeriums des Auswärtigen sind heute nach Marokko gefahren, um an Hand der von Abd el Krimd ausgelieferten Dokumente die ausländischen Persönlichkeiten festzustellen, die den Widerstand Abd el Krimd in militärischer und politischer Hinsicht gegen Frankreich und Spanien organisiert haben.

Schluß der Wirtschaftskonferenz.

Die nächste in Brasilien.

London, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Interparlamentarische Wirtschaftskonferenz hat am Donnerstag nachmittags ihre Arbeiten beendet. Im Mittelpunkt des letzten Verhandlungstages standen Fragen der Kapitalwanderung. Nach einer interessanten Aussprache, an der von den deutschen Delegierten der volksparteiliche Abg. von Raumer teilnahm, wurde eine Entscheidung angenommen, in der unter anderem betont wird, daß die Wiederherstellung stabiler Währungen in allen Ländern die erste Voraussetzung für die Freiheit der Kapitalbewegung ist. Weiter fand eine Entscheidung über Ein- und Ausfuhrverbote Annahme, in der die Beschlüsse der Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes auf Abschaffung dieser Verbote begrüßt werden; außerdem macht sich die Londoner Konferenz die Genser Beschlüsse auch inhaltlich zu eigen. Hierauf wurden verschiedene Kommissionen gebildet, darunter eine, deren Aufgabe das Studium der internationalen Kohlenlage ist. In diese Kommissionen wurden auch deutsche Delegierte gewählt. Die nächste Interparlamentarische Konferenz ist Sommer 1927 in Rio de Janeiro.

Ein italienischer Auftrag für die deutsche Industrie. Die B.I.A.-Handelsdienst hört, ist der Firma August Klönne in Dortmund im Wettbewerb mit in- und ausländischen Firmen der Auftrag auf umfangreiche Erweiterungsbauten auf dem Gaswerk in Rom erteilt worden. Die Auftragserteilung, die sich auf einen Wert von annähernd 1 1/2 Millionen Mark beläuft, erfolgte im Hinblick auf die nach neuesten technischen Grundrissen ausgearbeiteten Vorschläge und Neuerungen.

Wo steht der Feind?

Der Wahlkampf zu den Elternbeiratswahlen hat begonnen bei der SPD. mit Angriffen gegen die SPD. In Artikeln der „Roten Fahne“ wird von der SPD. die „Liste „Kind in Rot“ als proletarische Einheitsliste“ empfohlen unter gefälligen Entstellungen und Verdächtigungen, auf die einzugehen wir für überflüssig halten. Diese Artikel rechtfertigen noch nachträglich die Haltung der SPD., die ein Zusammengehen mit den Kommunisten abgelehnt hat. Der engere und der erweiterte Bezirksvorstand wie der Zentralarbeitsausschuß der sozialdemokratischen Elternbeiräte haben auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre und auch unter Berücksichtigung der allgemeinpolitischen und schulpolitischen Lage gesellschaftlichen Zusammengehens abgelehnt. Auch eine allgemeine Funktionärskonferenz hat keine andere Meinung vertreten. Die Artikel der „Roten Fahne“ werden höchstens den Erfolg haben, daß auch da, wo wirklich etwa ein sozialdemokratischer Arbeiter oder Freidenker noch an die Loyalität der SPD. glaubte, einsehen würde, daß die SPD. auf dem rechten Platz ist, und man ihrer Parole folgen muß.

Wir werden die Stoßkraft unseres Kampfes gegen den stärksten Gegner richten, das sind die „Christlich-Unpolitischen“. Wenn es den Kommunisten wirklich ehecht um die Einheitsfront zu tun ist, so haben sie im Wahlkampf noch Gelegenheit, das zu beweisen, indem sie erstens an den weltlichen Schulen auf einen Kampf verzichten, weil ein Wahlkampf dort eigentlich ein Landing ist, und zweitens an den „christlichen“ Schulen die Stoßkraft ihres Kampfes gleich uns gegen die „Christlich-Unpolitischen“ richten. „Getrennt marschieren!“ könnte dann immer noch sein: „Gemeinsam die Reaktion schlagen!“ Die Sozialdemokratie wird unheimlich ihren Weg geben. Unter der Parole: „Schulbau“ sammeln sie alle die gewillt sind, für Gegenwartsforderungen der Schule einzutreten und den Einfluß der Reaktion auf die Schule zu brechen. So haben wir vor zwei Jahren den Kampf geführt, als die SPD. die Einheitsfront gebrochen. Wir haben weder in unseren Flugblättern noch in Artikeln gegen die Kommunisten gekämpft, und denken auch diesmal an sie nichts zu verschwenden. Wir sehen unsere Hauptaufgabe da, wo die größte Gefahr droht. Der Feind rechts ist am stärksten. Ihn gilt es in erster Linie niederzuringen. Alle Klassenbewußten Arbeiter, alle fortschrittlichen Eltern werden daher unter der Parole „Schulbau“ der Sozialdemokratie folgen.

Keine Stimme den Christlich-Unpolitischen!

Generalversammlung der Berliner Müllabfuhr A.-G.

Die letzte Generalversammlung der Berliner Müllabfuhr A.-G. wurde f. z. verlegt, weil der Magistrat, der Hauptaktionär der A.-G., entgegen den Wünschen der Verwaltung und der übrigen Aktionäre nicht der vorgesehene Ausschüttung einer Dividende aus dem mit 686 613 M. ausgewiesenen Reingewinn zustimmen wollte, sondern der Ansicht war, daß der Reingewinn zur inneren Stärkung der Gesellschaft verwandt werden müsse. Der Magistrat fügte sich dann aber nach Verhandlungen den Wünschen der Verwaltung und so konnte der am 27. Mai stattgehabten neuen Generalversammlung die Verteilung einer 4prozentigen Dividende in Vorschlag gebracht werden. Die Aktionäre waren aber auch hiermit nicht zufrieden. Zwei Stunden lang debattierten sie und bekräftigten alles Mögliche. Aber daß sie ihre Aktionärsinteressen, oder die Interessen der Gesellschaft oder der Allgemeinheit wahrnahmen, diese Empfindung hatte man auf keinen Fall. Die Opposition stellte zwei Gruppen: Die Hausbesitzer und die Fuhrwerksunternehmer. Auf der einen Seite erklärte diese Opposition, daß die Verwaltung mehr aus der Gesellschaft hätte herauswirtschaften können, auf der anderen Seite erklärte sie, daß die Gesellschaft so günstig gearbeitet habe, daß das Angebot einer 4prozentigen Dividende geradezu lächerlich niedrig sei. Aus der Erwiderung der Verwaltung auf die Vorwürfe ist hervorgegangen, daß

die Bezahlung der Gespanne sich den von der Fuhrwerksinnung festgesetzten Richtpreisen anpasse; sie sei angesichts der hohen Anforderungen an die Leistung besonders hoch. Aus demselben Grunde liegen auch die von der Gesellschaft gezahlten Löhne über den Tariflöhnen. Die Gesellschaft müsse vorfristig bilanzieren, weil der Vertrag mit der Stadt nun noch 2 1/2 Jahre laufe. Der Müllabfall habe seit der Inflation eine ständige Steigerung erfahren, weil in der Inflation jeglicher Hausabfall, der nur irgendwie verwertbar erschien, zu Geld gemacht wurde. Die Anfallsteigerung habe noch nicht aufgehört, 3000 Entleerungen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres habe die Gesellschaft vorgenommen. Allerdings sei jetzt wohl der Höhepunkt erreicht. Gegen eine unbedeutende Anzahl von Oppositionsstimmen gelangten die Verwaltungsvorschläge zur Annahme.

Familiendramödie in Hohenschönhausen.

Zwei Personen tot, eine lebensgefährlich verletzt.

Eine furchtbare Familiendramödie spielte sich in der vergangenen Nacht in dem Hause Luderichstraße 7 in Hohenschönhausen ab. Hier wohnte seit längerer Zeit der 34 Jahre alte Kaufmann Hans Rittershausen mit seiner 31 Jahre alten Ehefrau Hildegard und seinem 5 Jahre alten Söhnchen Horst. Rittershausen betrieb auf demselben Grundstück eine Fabrik für künstliche Blumen, die sich besonders auch mit der Ausbesserung künstlicher Palmen beschäftigte und auch Bedarfsartikel für Blumenhandlungen herstellte. Der Betrieb ging unter der Firma Julius Neckenburg und hatte am Alexanderplatz ein Städtchen. Die Eheleute verstanden sich in der letzten Zeit nicht mehr. Es kamen häufig Zwist und Streitigkeiten vor. Die unglücklichen Verhältnisse wurden noch dadurch gesteigert, daß der Mann infolge geschäftlicher Schwierigkeiten sehr nervös geworden war. Gestern Abend war eine Schwägerin Rittershausens zu Besuch bei der Familie. Trophdem kam es nach 11 Uhr wieder zu einem Streit. Während die Schwägerin in einem Nebenzimmer weinte, griff der Mann plötzlich zur Pistole, schob seiner Frau eine Kugel in die Brust, seinem Söhnchen, das bereits im Bette lag, die zweite in den Kopf und sich selbst die dritte ebenfalls in den Kopf. Die zu Tode erschrockene Schwägerin alarmierte die Nachbarschaft, die die Polizei und einen Arzt holte. Den eintretenden Personen bot sich ein schrecklicher Anblick. Alle drei Familienmitglieder lagen wie tot im Zimmer, gaben aber noch schwache Lebenszeichen von sich; sie wurden in das Auguste-Viktoria-Krankenhaus überführt. Die Verletzungen des Rittershausen sowie die seines Kindes waren aber so schwer, daß von vornherein an ein Aufkommen gezweifelt wurde. Morgens gegen 1/3 Uhr trat bei R. der Tod ein. Auch das Kind starb um 1/4 Uhr morgens an den Folgen des schweren Kopfschusses. Frau R. liegt sehr schwer an einem Lungenschlag danieder, doch hofft man sie am Leben zu erhalten.

Potsdamer Magistratsbeamte und der Boxmeister.

Der Ausklang einer Kaisergeburtstagsfeier.

Die drei Potsdamer Magistratsbeamten, die am 27. Januar d. J. auf Wilhelm von Doorns Wohl bis in die Nacht hinein gezecht hatten auf ihrem Heimweg ein besonderes Pech, denn in ihrem von Bier, Schnapsen und Monarchismus geschwollenen Uebermut banden sie ahnungslos mit einem bekannten Boxmeister von Deutschland an. Die Abfuhr, die sie erlitten, erfolgte schnell und gründlich. Der überfallene Boxmeister aber mußte sich vor Gericht wegen ruhestörenden Lärms verantworten, weil er die Polizei allzulaut herbeigerufen hatte.

Unternehmungslust schwellte die drei treudutschen Heldenbrüste, als man so gegen ein Viertel bis einhalb Zwei Uhr die überbeachteten Körper durch Potsdams menschenleere Straßen trug. Niemand war da, dem man die Würde des schwarzweihroten Ehrentags gebührend nachdrücklich ins Unterjochemut pflanzen konnte. Doch halt! — Vor einer Haustür stand ein junger Mann, der gerade von einer Dame Abschied nahm. Der Mann den drei Stiegsträppler recht gelegen! Drei gehen ehien. Eine ungemein günstige Stürzbrücke, unter der man einen Kaufhändler wohl aufnehmen kann. Denn selbst im Kaufschiff dem festesten Uergemmen immer noch die Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit. Sehr fatal allerdings war nur, daß dieses von den drei Kaufbuden erkorene Objekt zufällig der Boxer Erich Wilenz war. Man begann zunächst die nächtliche Unterhaltung, indem man dem natürlich unbekanntem Boxer mit Kraftgebärde den Hut vom Kopfe schlug. Wilenz war, wie er vor dem Potsdamer Amtsgericht erklärte, an derlei „Klapp“ gewöhnt. Das sei, so meinte er, unter den jungen Leuten seines Schlages als freundschaftliche Begrüßung nicht ungewöhnlich. Als er jedoch erkannte, daß ihm die Herren gänzlich fremd waren, ging er ihnen nach und rief: „Weiben Sie mal stehen und entschuldigen Sie sich!“ Man entschuldigte sich auf ganz eigene Weise, indem man den Boxer mit einem schweren Knüttel zu Boden schlug. Der Schlag hatte ihm glücklicherweise keinen Schaden getan; er sprang sofort auf und verletzte den drei unternehmungslustigen Knaben eine derartige Tracht Prügel, daß sie alle drei jämmerlich zerbot an Erdboden das Ende ihrer Tage erwarteten. Das aber kam nicht, wohl aber die Polizei, die Wilenz herbeigerufen hatte, um das völlig zerfundene Trio aufzutreiben zu lassen. Ein Boxer hat nun wohl keine Nachtgassenstümme. Wilenz hatte natürlich nachdrücklich und laut nach der Polizei gerufen, wie doch ein jeder ruft, der in Rot ist, und so bekam er von Potsdams korrekter Polizei „wegen nächtlicher Ruhestörung“ ein Strafmandat von sechs Mark. Natürlich mußte Wilenz freigegeben werden. Man darf also selbst in Potsdam um Hilfe rufen, wenn man überfallen wird — allerdings mit Risiko. Wie des Boxers Strafmandat nachdrücklich erweist. Was aber wird nun mit diesen Prachtexemplaren von Potsdamer Magistratsbeamten geschehen, die es fertig bekamen, Kaisergeburtstag zu feiern, und einen harmlosen und ruhigen Mitsbürger in der geschilderten Weise brutal zu überfallen?

Das erste Opfer der Charlottenburger Katastrophe.

Der bei dem Unglück in den Charlottenburger Elektrizitätswerken durch gemaltete elektrische Flammenbogen schwer verbrannte Monteur Josef Breitner, wohnhaft Weidenweg 4, ist im Laufe der Nacht an den Folgen der schweren Verletzungen im Westender Krankenhaus verstorben. Das Befinden der beiden anderen Verletzten, der Monteur Hugo Konnerst aus der Adamstraße 32 in Spandau und des Monteurs Karl Fischer aus der Panzerstraße 6, ist noch immer unverbändert. Es besteht aber immerhin einige Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Die Sonnenbäder des Stadtbades Neukölln in der Banahotterstraße sind wieder geöffnet, und zwar von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr ununterbrochen. Die Eintrittspreise sind die gleichen wie in den Schwimmhallen, nämlich 30 Pf. für Erwachsene, 15 Pf. für Kinder unter 14 Jahren. Für die Mitbenutzung der Schwimmhalle ist der gleiche Betrag nochmals zu entrichten.

Das Bezirksamt Friedrichshagen veranstaltet am Samstag, den 29. Mai, mit drei Dampfern der Reederei Köhling für seine Beamten, Angestellten und Arbeiter einen Dampferausflug nach Rausangsdorfer. Abfahrt um 12 Uhr von der Jannowstraße, Fahrpreis für Ein- und Rückfahrt 1. 20.

Explosion in einer Dampfmühle. In Dampfmühlenturm von Georg Frühling in Glogau explodierte am Freitag vormittag der Sauerstoffapparat. Der Monteurraum und die darin befindlichen Maschinen sind vollständig zerstört. Bei dem Unglück wurden ein Monteur und ein Lehrling leicht, zwei andere Lehrlinge schwer verletzt; einem von ihnen wurden beide Beine abgerissen.

„Freie Fahrt“ oder „Halt“?

Zum Eisenbahnunglück in München-Ostbahnhof.

Zu dem Eisenbahnunglück am Ostbahnhof in München teilte die Polizeidirektion München u. a. mit: Die Schuldfrage konnte nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen nicht geklärt werden. Das Signal der Blockstation Berg am Laim stand nach Durchfahrt des Personenzuges 814 auf Halt. Nach Verlautbarung der Reichsbahndirektion und den Befundungen von Sachverständigen der Reichsbahn ist es als ausgeschlossen anzusehen, daß die Signale erst nach Durchfahrt des Personenzuges 814 auf Halt gestellt worden sind. Der Lokomotivführer Kubele bestreitet jede Nachlässigkeit und bekundet, daß ihm die Signale der Blockstation in Berg am Laim freie Fahrt zeigten. Kubele wurde abends auf Anordnung der Staatsanwaltschaft München I vorläufig festgenommen und dem Amtsgericht München überwiesen. Bei seiner weiteren Vernehmung gab Kubele an, nachdem der Zug 814 das Signal Berg am Laim passiert habe, habe er (Kubele) und auch der Heizer des Zuges das Vorfahrsignal München-Ost auf Halt gesehen. Er habe die Bremsen des Zuges, der mit einer Geschwindigkeit von etwa 30 Kilometer fuhr, angezogen. Wählich sei das Vorfahrsignal auf freie Fahrt übergegangen. Er sah, als er weiter fuhr, plötzlich in einer Entfernung von etwa 40 Metern die oberen Lichter des Zuges 820. Er (Kubele) zog, die Gefahr erkennend, die Notbremse und wollte rückwärts fahren, doch war es bereits zu spät, um das Unglück zu verhindern. Der Heizer des Zuges 814, Referentlokomotivführer Schrödl, bestätigt die Angaben Kubeles in vollem Umfang. — Als Personenzug 814 nach Ueberfahren des Vorfahrsignals mit unverminderter Geschwindigkeit beim Haltepunkt Berg am Laim ankam, hat der Beamte der Blockstation Berg am Laim nach seiner von Zeugen bestätigten Angabe Warnungszeichen mit Laterne und Signalhorn gegeben.

Trauerfeiern in München.

Heute vormittag fanden die Trauerfeiern für die Opfer der Eisenbahnkatastrophe im Münchener Ostbahnhof statt. Die allgemeine Trauer der Stadt äußerte sich durch Trauerbeflagung an den staatlichen und städtischen, sowie einer großen Zahl von Privatgebäuden. Auch die fremden Konsulate hatten Halbhoheit geflaggt. Die Gottesdienste, zu denen außer den Hinterbliebenen der Verunglückten die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, sowie Vertreterungen des bayerischen Landtages, der Reichsbahn, der Reichswehr und anderer Stellen erschienen waren, und zu denen sich eine große Zahl von Anbäuhigen eingefunden hatte, wurde mit feierlichem Trauergebet eingeleitet und beschlossen. Im Verfassungsausschuß des Landtags gedachte der Vorsitzende, Abgeordneter Böhmuth, bei Eröffnung der Sitzung in bewegten Worten des Unglücks, und sprach den Hinterbliebenen in herzlichen Worten Trost zu. Die Sitzung wurde hierauf bis nachmittags unterbrochen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Herr auf Reisen. Die heutige Herrennode hat die angenehme Eigenschaft, daß sie nur noch das Praktische als schon empfunden und daß sie infolgedessen sehr zugeht, der sich nach der Mode richtet, auch gleichzeitig so anziehend, wie es seiner Bescheidenheit entspricht. — In einem so alten Hause z. B. wie bei dem von Hermann Feinwörter am Mühlstein 4-6 ist die Kammerfälligkeit der Auswahl in allen Stoffen, Farben und Größen so umfangreich, daß sich Herren jedes Figur unbedeutend passend und doch nach ihrem besonderen Bedarf und Geschmack einfinden können. Die vollen Portelle des Großhandels werden bei dem Kunden aufgebracht. Jedes Genre, auch das billigste, ist dort vertreten, allerdings ist es der Geschäftsgrund des Hauses, in der Billigkeit nur soweit zu gehen, als noch für Qualität und Brauchbarkeit der Ware gebürgt werden kann.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik im Kraftwerk Rummelsburg.

Heute vormittag hielten die Streikenden des Kraftwerkes Rummelsburg eine Versammlung ab, in der sie zu der Streiklage Stellung nahmen. Der Branchenleiter Fuchs gab den Bericht. Danach hat der Verband der Berliner Metallindustriellen gestern an die streikenden Eisenkonstruktionsarbeiter ein Schreiben gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Der Streik der Eisenkonstruktionsarbeiter und der Kesselschmiede im Großkraftwerk Rummelsburg wird vom Metallarbeiterverband nicht mehr anerkannt. Der Streik gilt damit seitens der Gewerkschaften offiziell als erledigt und Weiterstreikende befinden sich nunmehr in einem wilden Streik. Wir fordern Sie hierdurch auf, am Freitag, den 28. d. M., nachmittags 2 Uhr, pünktlich die Arbeit beim Großkraftwerk Rummelsburg wieder aufzunehmen. Falls Sie die Arbeit zu diesem Zeitpunkt nicht aufnehmen, werden wir Ihnen umgehend Ihre Entlassungspapiere zu stellen. Wir weisen noch darauf hin, daß seitens der Bauleitung für genügendes Schutz der Arbeitswilligen sowohl beim Abmarsch als auch beim Anmarsch gesorgt ist.“

L. Borfig G. m. b. H.

Eine Bekanntmachung ähnlichen Inhalts haben die Firmen, die dem Verband der Berliner Baugeschäfte angeschlossen sind, auf dem Großkraftwerk angehängt. In dieser Erklärung sagen sie zum Schluß, daß auch die Bauarbeiter ausgeperrt werden, wenn sie die Wiederaufnahme der Eisenkonstruktionsarbeiten verhindern.

Genosse Fuchs stellte in der Versammlung fest, daß die in dem Schreiben aufgestellte Behauptung, für den Metallarbeiterverband sei der Streik erledigt, ein bewusster Schwindel ist. Der Deutsche Metallarbeiterverband erkennet den Streik nach wie vor an. Er hat sich die redlichste Mühe gegeben, den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Die Unternehmer aber haben das nicht gewollt. Jetzt ist für die Organisation eine klare Linie gezogen. Sie wird mit unverminderter Schärfe den Streik weiter führen und den Streikenden jede Unterstützung abgedenken lassen. Mit ihrem Vorgehen beweisen die Unternehmer, daß ihnen an der Beilegung des Streiks überhaupt nichts gelegen ist, zudem sie gar keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie nicht daran denken, sich an den getroffenen Vereinbarungen bei den Verhandlungen beim Magistrat zu halten. Zwar hat Herr Oppenheimer erklärt, daß er sich dafür einsetzen will, aber die einzelnen Firmen denken gar nicht daran, den Anregungen des Herrn Oppenheimers nachzukommen. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß der Streik mit voller Kraft weitergeführt wird.

Ein Reichstarif für das Rohrlegergewerbe geplant.

Der Entwurf der Unternehmer.

Donnerstag abend hielten die Berliner Rohrleger und Helfer ihre Branchenversammlung ab, in der sie sich mit Branchenfragen und Verbandsangelegenheiten beschäftigten. Niederkirchner gab einen Überblick über die die Branche angehenden Fragen und verbreitete sich ausführlich über den bevorstehenden Abschluß der Reichstarifverträge für das Rohrlegergewerbe. Bisher bestand kein Manteltarif für das Rohrlegergewerbe. Jetzt wird der Versuch gemacht, einen reichsstarifliche Regelung einzuführen, gleichzeitig auch einen Reichsakkordtarif aufzustellen. Hierzu hat die Organisation einen Entwurf ausgearbeitet und die Unternehmer einen Gegenentwurf. Am 8., 9. und 10. Juni finden die Verhandlungen in Würzburg statt. Der Gegenentwurf der Unternehmer müsse von der Organisation abgelehnt werden. Er enthalte Bestimmungen, wie sie ähnlich in keinem anderen Manteltarif zu finden sind. Rund

32 Seiten haben die Beauftragten der Unternehmer vollgeschrieben, ohne auch nur in einem wichtigen Punkte zu sagen, wie die Sache geregelt werden soll. Die Arbeitszeit und die Urlaubsfrage, in jedem Reichmanntelars die wichtigsten Punkte, sollen nach Vorschlag der Unternehmer der örtlichen Regelung überlassen bleiben. In der Frage der Ueberstunden sagt der Entwurf der Unternehmer, daß nach dem wirtschaftlichen Bedürfnis der Arbeitgeber im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Arbeitszeit durch Anordnung verlängert kann. Die bisher gezahlten Zuschläge sollen herabgesetzt werden. Affordarbeit ist auf Verlangen der Arbeitgeber auszuführen. Ferner fordern die Unternehmer die Einführung einer neuen Berufsgruppe, die der Hilfsmonteur. Diese sollen für einen niedrigeren Lohn arbeiten als die Monteur. In der Arbeitsleitung besteht aber kein Unterschied. Auch diese Verschlechterung muß von der Arbeiterschaft abgelehnt werden.

Da Einmütigkeit darin bestand, daß für die Arbeiterschaft des Gewerbes dieser Entwurf unannehmbar sei, wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Zum Schluss wurde zum Volksentscheid für die entscheidungsgelose Entzignung der Fürsten Stellung genommen. Alle Redner sprachen sich für tatkräftige Mitarbeit aus, damit die Sache des Volkes siegt.

Verstärkung der „Gewerkschafts-Zeitung“.

Das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das schon als „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ seit dem Jahre 1900 von dem Genossen Paul Umbreit geleitet wurde, mußte in der Inflationszeit seinen zweiten Redakteur abgeben. Der Bundesvorstand des ADGB hat nunmehr beschloffen, diesen Posten wieder zu besetzen und den Genossen Richard Seidel als zweiten Redakteur der „Gewerkschafts-Zeitung“ zu wählen. Der Bundesausschuss hat

SPD.-Metallarbeiter! Besucht eure Wahlkörperversammlungen!

dieser Wahl zugestimmt. Genosse Seidel, der zuletzt im Einheitsverband der deutschen Eisenbahner tätig war, ist auch unseren Lesern als Mitarbeiter des „Vormärz“ bekannt. Er wird am 1. Juni sein neues Amt antreten.

Die freien Gewerkschaften marschieren. Glänzender Erfolg in der Bielefelder Metallindustrie.

Die Betriebsratswahlen in der Groß-Bielefelder Metallindustrie brachten einen Erfolg für die freien Gewerkschaften. In 62 Betrieben wurden 298 Betriebsratsmitglieder gewählt, von denen 272 dem Deutschen Metallarbeiterverband, 16 dem Deutschen Hölzlerverband, 7 dem Verband der Sattler und je einer dem Verband der Maschinisten, der Kupferschmiede und dem Verbandsbund angehören. Christliche, Syndikalisten, Hirsch-Dundersche oder unorganisierte Vertreter wurden keine gewählt. Angestelltenvertreter wurden 34 gewählt. Davon gehören 26 dem A.V.-Bund an, 8 den gegnerischen Verbänden. Das Ergebnis dieser Betriebsratswahlen zeigt, wie gesund und diszipliniert die Arbeiterbewegung in der Groß-Bielefelder Metallindustrie ist.

Stillehung beim Hörder Verein.

Essen, 27. Mai. (W.B.) Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ berichtet, legt der Hörder Verein (Phönix u. G.) das Blodwalg- und Thomaswerk am 5. Juni still. Wenn die Vermahlung von Schlacken der Dortmunder Union möglich ist — was von einer schnellen Ab-

rumg der Frachtenfrage abhängt — wird die Vermahlung die Thomas-schlacken-Mühle weiter in Betrieb halten. Die zur Entlastung kommende Belegschaft von 950 Mann wird bis zum Ablauf der Sperrfrist am 15. Juni anderwärts beschäftigt werden.

Von der Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 27. Mai. (W.B.) Die Internationale Arbeitskonferenz hat für die Einzelberatung ihrer Arbeiten die angeklagten vier Ausschüsse gebildet und beschlossen, die Vollsitungen mit der allgemeinen Aussprache über den Jahresbericht des Internationalen Arbeitsamtes am Montag zu beginnen.

Der Umstand, daß der englische Unternehmervertreter Snedden heute vormittag erklärte, daß die englischen Unternehmer an den Beratungen über die Vereinfachung der Aufsicht der Transportverhältnisse auf den Auswandererschiffen weder in den Vollsitungen der Konferenz noch in den Ausschusssitzungen teilnehmen werden, hat die Bildung des Spezialausschusses für diese Frage nicht gestört. In Konferenzkreisen glaubt man, daß die Beratungen über die Kontrolle der Transportverhältnisse auch durch eine vollständig positive Haltung der englischen Unternehmer nicht wesentlich beeinflusst werden können. Es müßte sich später zeigen, ob das englische Parlament, nachdem die englische Regierung der Behandlung dieser Frage auf der Internationalen Arbeitskonferenz zugestimmt hat, sich der Auffassung der Redner anschließt und die Gültigkeit des Übereinkommens, das die Arbeitskonferenz voraussichtlich aufstellen wird, für das britische Reich verlagern will, eine Möglichkeit, die freilich bei den bevorstehenden Beratungen nicht ganz unberücksichtigt bleiben dürfte.

Resonanzvoll für Vollsit: Genf, 27. Mai. (W.B.) Die Internationale Arbeitskonferenz hat für die Einzelberatung ihrer Arbeiten die angeklagten vier Ausschüsse gebildet und beschlossen, die Vollsitungen mit der allgemeinen Aussprache über den Jahresbericht des Internationalen Arbeitsamtes am Montag zu beginnen.



Sommerkleidung

für Straße und Sport

Große Auswahl * Niedrigste Preise

Sakko - Anzug praktische Modefarbe, modern wie und zweifelhafte Form	48.-	Lein-Sport-Anzüge pa. Waschstoffe, teils Industriewebe gefärbt	18.-	Tennis-Hosen einfach, u. gestreift, Cheviot in weiß, grau u. modifarb., 16-21-	18.-	Sakko - Anzug für Junglinge, leichter modern Zwirn-Cherit	40.-
Sakko - Anzug ganz gemustertes kammgarn- ähnlicher Stoff	65.-	Strand-Anzüge waschbare Bastelimitation	25.-	Gummi-Mäntel in Gummirung, weiße Schlupferform	16.50	Jopp.-Wasch-Anz. für Junglinge, gemustertes Baumwollstoff	14.-
Sakko - Anzug moderne gemustertes braunes Kammgarn	95.-	Lüster-Anzüge in dunklen und hellen Modefarben	36.-	Loden-Mantel Raglanform, prima imprägnierte Stichlöcher	38.-	Jopp.-Waschanzug für Junglinge, modifarb. Baum- woll-Gabardine	22.-
Sakko - Anzug mod-farbiges Kammgarn bester Qualität	125.-	Lüster-Sakkos blau und schwarz, sowie farbig gemustert	7.00	Gabardine - Mäntel imprägn. Qualität, in modern. Farben u. Formen	68.-	Windjacken imprägniert, schwerer Körper, in grau u. oliv, 10 Jahre, 4, 10.50	8.50
Sport-Anzug 2teilig, mit Breches, festes graues Würfelmuster	53.-	Tussor-Sakkos waschbare Bastelimitation	7.-	Wetter-Mäntel für Damen, prima imprägnierte Stichlöcher, Gabardine u. Gummi	36.-	Kieler Anzüge blauweiß-gestreift, Kadettstoff, für 2 Jahre	5.50
Sport-Anzug 4teilig, mit langer und kurzer Hose, sehr aparte Muster	85.-	Weißle Lein.-Hosen pa. Waschlappen und Saite, mo- derne Sportform	7.50	Sport-Anzug für Jungl. age, grauer, kammgarn- artiger Zwirnstoff	36.-	Kieler Blusen blauweiß-gestreift Kadettstoff für 2 Jahre	3.75

Leineweber

Berlin C. Köllnischer Fischmarkt 4-6

Für den Haushalt: Sonder-Verkauf

Besonders billige Preise

Speiseteller fach, weiß Steingut, mit kl. Fehlern	12 Pz.	Porzellan Kaffeesevice 6teilig, 6 Personen	450	Steingut Waschgarnituren 5teilig, mit blauen Dekor	775	Glas Milchsatten 1/2 Liter	18 Pz.	Tassen mit Untertassen, blauer Rand, Votark	28 Pz.
Enaille und Aluminium Kasserollen ohne Ring	40, 60 Pz.	Graue Enaille- Wassereimer	85 Pz.	Sommerartikel Gaze-Speiseglocken	40, 50 Pz.	Lauben- Herde	12⁷⁵ 15⁷⁵	Stahl- und Nickelwaren Kaffeelöffel aus 5, Esslöffel 10 Pz.	10 Pz.
Einkaufsartikel Einkaufstasche Wachstuch, mit Ledergriff	95 Pz.	Sonderangebot in Seifen Prima Kernseife	Riegel 200 g 17 Pz., 400 g 32 Pz., 600 g 76 Pz.	Linoleumwaren Linoleum 215 245 325 410 495	ca. 60 cm breit	Gurivorlage	Größe ca. 20x100 cm, sehr haltbar	95 Pz.	
Gummischürzen	1 ⁴⁵	Waschstoffe Musseline Baumwolle, grobes Auswahl, Mtr. 65	48 Pz.	Hausblusen	Hemd- u. Jumper, aus mit. Leinen- u. gestr. Zephrinstoffen, Gr. 40-50	1⁹⁵			
Hausschürzen	1 ⁹⁵	Vollvoile	befruchtet, ca. 100 cm breit, Meter	Jumper	aus baumwollenen Musseline- u. Crépe- stoffen, in allen Größen vorrätig	2 ⁹⁵			
Hauskleider	2 ⁹⁵	Weisser Voile	Schweizer Ausrüstung, ca. 110 cm breit, Meter	Musselinkleider	Baumwolle, in vielen Dessins	5 ⁹⁰			
Morgenjacken	2 ⁹⁵	Foulardine	doppeltbreit, in gr. Mustern	Hauskleider	aus uni initiiert Lein-Stoffen, für starke Damen, in allen Größen	8 ⁹⁰			
		Poliertücher	weiche Qualität, Stück	Küchenhandtücher	rein Lein., gran gestreift, Stück	75 Pz.			
		Wischtücher	hart, gute Qualität, Mahlstein	Protierhandtücher	gestickt, Buchst. Gr. 45/100, Stück	1 ⁴⁵			

HERMANN TIETZ

Frankfurter Allee

Freitag Sonntag Montag in unserer Lebensmittelabteilung extra billige Angebote